AG Digitale Jugendbildung

Unsere aktuelle gesellschaftliche Situation ist geprägt von der Auflösung traditionaler Strukturen, Globalisierung, Entgrenzung, der Notwendigkeit, sich lebenslang ändernden Anforderungen in der Arbeitswelt zu stellen (Wissensgesellschaft) und einem epochalen Wandel der Kommunikationsformen. Der digitalisierte Lebensraum (Internet) lässt sich aktuell als der Bereich definieren, der am stärksten auf unser Gesellschaftssystem wirkt, da es sich nicht nur um einen Raum für Informations-, Warentausch und Datentransfer handelt, sondern zugleich ein Raum für Identitätsbildung, für kulturelle Bildung, politischer Meinungsbildung und Beziehungsmanagement, der zugleich die Vorstellungen vor allem von Jugendlichen von Wirklichkeit und Weltwahrnehmung prägt. Es besteht die Herausforderung, infrastrukturelle Bedingungen zu schaffen, dass Jugendliche ausgehend von ihren im Lebensalltag erworbenen Kompetenzen in der Lage sind, die Potentiale einer flexiblen, virtuellen Gesellschaft zu nutzen, um nicht den vorhandenen Risiken schutzlos ausgeliefert zu sein. Dies erfordert nicht nur strukturelle Ausgangvoraussetzungen, sondern auch die Akzeptanz neuer Kommunikationsformen, einen dialogischen Austausch zwischen den Generationen, neue Lehr- und Lernformen (z.B. selbstgesteuertes und individualisiertes Lernen), die Verhinderung einer digitalen Spaltung (zwischen und innerhalb von Generationen) und die Aktualisierung eines ressourcenorienterten Ansatzes (z.B. zur Verfügung stellen von virtuellen Lernräumen).

Persönlichkeitsbildung und Sozialkompetenz als Grundlagen umfassender Bildung
Nur wenn junge Menschen ausreichend Möglichkeiten haben zur Entfaltung ihrer Persönlichkeit können sie sich auch verantwortungsvoll, sozialkompetent und demokratisch in digitalen Medien bewegen. Nur starke junge Menschen sind auch starke Persönlichkeiten im Netz. Selbstbewusste und reflektierende Jugendliche nutzen das Internet (z.B. Profile erstellen) zur Identitäts- und Beziehungsarbeit. Dabei spielt In der heutigen Lebenswelt junger Menschen die Differenz zwischen online und offline kaum mehr eine Rolle: Die Interaktionsbereiche sind tief miteinander verwoben. Von Datenmißbrauch und Cybermobbing sind vor allem Jugendliche gefährdet, die über keine Medienkompetenz verfügen. Mobbing, Happy Slapping und andere Phänomene verweisen auf grundlegende Beziehungs- und Kommonikationsstörungen, die in den medialen Räumen eine besondere Sichtbarkeit erlangen. Medienkompetenzförderung muss daher auf eine ganzheitliche Medienbildung abzielen: sie betrifft alle Bereiche der Bildung.

Die lebensweltliche Orientierung der Medienpädagogik bietet weitreichende Erfahrungsfelder, die auch für die Schule und die Eltern Potentiale eröffnen für
ein erweitertes Verständnis der Kompetenzen von Jugendlichen.

Reichweite und Bedeutung der Medienkompetenz
Demgegenüber wird der Begriff der Medienkompetenz in den öffentlichen und politischen Debatten häufig verkürzt verwendet. Vor dem Hintergrund der oben skizzierten Sachlage muss klar gestellt werden, dass Medienkompetenz als Vielfalt an medienbezogenen, lebensweltlichen Kompetenzen begriffen werden muss. Bei der Medienkompetenz geht es um Orientierung und die aktive und kreative Gestaltung des eigenen Lebens sowie um die Fähigkeit, selbst- und verantwortungsbewusst in einer mediatisierten Welt zu agieren und dabei Werte auszuhandeln.

Entsprechend lässt sich Medienkompetenz nicht auf rein technische Aspekte, curriculare Medienkenntnisse oder Maßnahmen des Medienschutzes reduzieren.
Dabei setzt Medienkompetenzförderung für Jugendliche auch medienpädagogisch kompetente Eltern, Lehrer und pädagogische Fachkräften voraus und fordert die Verfügbarkeit und Zugänglichkeit von Ressourcen. Medienkompetenzförderung für Jugendliche darf daher nicht der jungen Generation die gesamte Innovationslast aufbürden; zu fordern ist die gezielte, nachhaltige

Förderung der Medienbildung bei Lehrern, Pädagogen und auch Eltern. Fähiges, fruchtbares und verantwortlichen mediales Handeln entsteht nicht allein in der Peergroup-Kultur. Vielmehr entsteht es wesentlich auch in familialen, schulischen und außerschulischen Medienkulturen. Insbesondere dort liegt die Verantwortung, die Potenziale von Medien nicht nur zur Ausbildung, sondern in ihrer gesellschaftlichen Bedeutung und Tragweite zu erfassen und gezielt zu fördern.

Gesellschaftliche Partizipationsfähigkeit als Ziel digitaler Jugendbildung
Digitale Jugendbildung hat aus diesem Grund die zentrale Aufgabe, die Partizipationskompetenz junger Menschen zu stärken und damit eine Grundlage für alle Jugendlichen zur gesellschaftlichen Teilnahme und zu einer entsprechenden demokratischen Bildung zu schaffen. Es gilt, Kinder und Jugendlichen die Kompetenzen zu vermitteln, das Internet produktiv und für die Durchsetzung ihrer Interessen nutzen zu können. Dazu müssen zum einen Informationen für Kinder und Jugendliche transparent und verständlich aufbereitet und visualisiert werden. Zum anderen braucht es eine pädagogische inhaltlichen Begleitung, um Interessen erkennen, formulieren und verbreiten zu können. Jegliche pädagogisch begleiteten Bildungsprozesse, die auf gesellschaftliche und politische Bereiche zielen, müssen gemäß der medialen Durchdringung jugendlicher Lebenswelten sich der Medien als Werkzeuge und als öffentlich vernetzten Raum bedienen.
Digitale Jugendbildung muss letztendlich darauf abzielen, junge Menschen darin zu stärken, an meinungsbildenden und politischen Prozessen sowie an Auseinandersetzungen teilzunehmen. Dazu müssen mediale Partizipationsräume geschaffen und gestaltet werden, die es Kindern und Jugendlichen ermöglichen, ihre Interessen zu artikulieren und innerhalb von Entscheidungsfindungsprozessen zu implementieren. Dies setzt voraus, dass Entscheidungsstrukturen in Politik, Schule und Organisationen zielgruppengerecht resonanzfähig gemacht werden; wofür kollaborative und vernetzte Governancestrukturen geschaffen werden müssen.

Folgerungen und Forderungen
Aus dem Vorgenannten ziehen wir drei wesentliche Schlussfolgerungen und Kernforderungen:

- Der gesellschaftliche und politische Mediendiskurs darf nicht länger allein an Problemen, Risiken und Defiziten orientiert sein. Auch das positive Potential muss erkannt und anerkannt werden. Die digitale Jugendkultur bedarf der Akzeptanz und Wertschätzung auf breiter gesellschaftlicher Basis. Nur über den Weg der Anerkennung der Jugendkulturen auch in ihren kreativen Potenzialen kann eine anschlussfähige Jugendmedienpolitik geschaffen werden. Hierzu gehört auch die zunehmende digitale Ungleichheit zwischen Jugendlichen und ihren digitalen Jugendkulturen im Interesse von Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit aktiv und dezidiert entgegenzutreten. Dies sind grundlegende Voraussetzungen, dem derzeitigen epochalen Leitmedienwandel in angemessener Weise zu begegnen.
- Medienbildung in der Ausbildung von Pädagoginnen und Pädagogen der Jugendarbeit verankern/nachhaltige Strukturen digitaler Jugendbildung fördern: Die oben aufgezeigten Handlungsoptionen der aufsuchenden digitalen Jugendarbeit existieren in Ansätzen. Sie sind systematisch, etwa durch entsprechende Forschungsförderungen und Projektmaßnahmen, auszubauen. Wesentlich ist der Aufbau einer nachhaltigen (nicht nur auf eine Vielzahl begrenzter Einzelprojekte beschränkten) und systematischen digitalen Jugendbildung. Um dies erreichen zu können, muss das pädagogische Personal entsprechend ausgebildet sein. Medienbildung muss zumindest zu einem standardmäßig fakultativen Bestandteil pädagogischer und sozialpädagogischer Studiengänge werden
- Verstärkte Zusammenarbeit von Politik und Experten: Die begonnen Dialoge zwischen Politik und medienpädagogischen ExpertenInnen sollten fortgesetzt werden. Experten können, insbesondere in Zeiten radikaler Umbrüche, wesentliche, schwer einsehbare Perspektiven vermitteln und anschlussfähig machen. Die Inhalte solcher Dialoge sollten in verstärktem Maße Berücksichtigung in politischen Expertisen finden.

Lizenz
Dieser Artikel steht unter einer CC-Lizenz und kann unter bestimmten Bedingungen frei verwendet werden:
http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/

AG Medienbildung und Computerführerschein – ein Gegensatz?

Die drei zentralen bildungspolitischen Forderungen unserer AG sind:

1. Medienbildung muss eine größere Verbindlichkeit in Schule bekommen und darf nicht ausschließlich von individuellem/regionalem Engagement abhängen.

2. Medienkompetenz muss nachweisbar sein. In Schule eignen sich hierfür Medienkompetenzportfolios, in denen informelle und institutionell erworbene Medienkompetenz reflektiert und dokumentiert werden kann. Entsprechende Konzepte müssen gefördert werden. Für den Nachweis von Kompetenzen durch Zertifikate, beispielsweise Computerführerscheine, müssen Konzepte für Schnittstellen zwischen Schule und außerschulischen Lernorten gefördert werden.

3. Medienbildung / Mediendidaktik muss verbindlich in allen Phasen der Lehrerbildung eingeführt werden, um die Basis für eine Medienbildung von Kindern und Jugendlichen zu schaffen.

Weitere Punkte zu bildungspolitischen Anliegen, die in der AG-Diskussion eine wichtige Bedeutung hatten:

- Die finanziellen Ressourcen für Medienbildung, beispielsweise für Projekte mit außerschulischen Partnern, für die Lehrerbildung etc. muss zur Verfügung stehen.

AG Computerspiele und Pädagogik

1.) Computerspielpädagogik als eigenständiger Teil der Medienpädagogik

Computerspiele sind in erster Linie Spiele. Die positive Wirkung von Spielen auf unsere persönliche Entwicklung und unsere Kultur sind unbestreitbar. Auch Computerspiele haben damit eine Bedeutung für die Persönlichkeitsentwicklung und kulturelle Bildung. Um diesem Umstand Rechnung zu tragen, sprechen wir uns für eine fächerübergreifende Etablierung von Medienpädagogik in der Schule und Freizeitpädagogik aus, die Computerspiele als Bestandteil unserer heutigen Kultur mitdenkt.

2.) Etablierung von Computerspielen in der Bildungsarbeit

Um Computerspiele in der Bildungsarbeit zu etablieren, müssen verbindliche Fortbildungsangebote für Lehrkräfte sowie in den Universitäten und Studienseminaren geschaffen werden. Nach dem Vorbild der zentral ausgebildeten Filmlehrer in NRW ist es zudem notwendig, im Bereich der Medien- und Computerspielpädagogik ausgebildete Experten zur Unterstützung der Lehrkräfte an den Schulen zu installieren.

3.) Unterstützung der computerspielpädagogischen Erforschung von Praxisprojekten

Bereits vorhandene Pilotprojekte auf diesem Gebiet müssen nachhaltig finanziert, evaluiert und ausgebaut werden – auch im Sinne einer Professionalisierung der medienpädagogischen Praxisarbeit. Zudem regen wir eine umfassende Studie zu den kompetenzförderlichen Aspekten von Computerspielen an.

AG Erwachsenen- und Seniorenbildung

Die drei zentralen bildungspolitischen Forderungen unserer AG sind:

1. Institutionelle Verankerung medienpädagogischer Angebote für Erwachsene und SeniorInnen

Das bedeutet erstens, medienpädagogische Zentren über das Klientel der Kinder und Jugendlichen für ältere Zielgruppen zu öffnen, diese explizit anzusprechen und das bestehende Angebot von Stadtteilzentren, Service-Stellen, Bürgercafés, Begegnungsstellen etc. auszuweiten. Zweitens gilt es, Netzwerke zu bündeln, zentrale Informations- und Verweisungssysteme zu etablieren und deren Angebote für die unterschiedlichen Zielgruppen sichtbar zu machen (z.B. in Form von medienpädagogischen Atlanten). Die generationenübergreifende Medienarbeit muss drittens ein zentraler Bestandteil medienpädagogischen Handelns sein.

2. Medienbildung als integraler Bestandteil der Aus- und Weiterbildung in sämtlichen Bereichen der Erwachsenen- und Seniorenarbeit.
Das bedeutet erstens, Medienpädagogik systematisch in die Curricula der unterschiedlichen Ausbildungs- und Studienfächer (z.B. Sozialarbeit, Pflegeberufe, Bibliothekswesen) zu integrieren und beispielsweise über projektorientierte Ausbildungsformen auf fachspezifische Problemfelder anzuwenden. Zweitens gilt es, medienpädagogische Inhalte als obligatorischen Bestandteil der Weiterbildung zu verankern, was eine adäquate Angebotsstruktur voraussetzt.

3. Subjekt- und lebensweltorientierte Lernanlässe und -gegenstände
Das bedeutet erstens die konsequente Hinwendung zu den Subjekten pädagogischer Praxis vor dem Hintergrund der je individuellen Lebensgeschichte, aktuellen Lebenssituation und Zukunftsentwürfen sowie die Abkehr von defizitorientierten Ansätzen und Pauschalangeboten. Zweitens genügt es nicht, Gelegenheiten und Supports zu offerieren, den Umgang mit Medien ausschließlich instrumentell beherrschen zu lernen, sondern es sind vielmehr Möglichkeitsräume für kritisch-reflexives Medienhandeln zu eröffnen.

Weitere Punkte zu bildungspolitischen Anliegen, die in der AG-Diskussion eine wichtige Bedeutung hatten:

- Grundsätzlich gilt es, eine kontinuierliche Medienbildung im Bereich der Erwachsenen- und Seniorenarbeit zu gewährleisten und zu finanzieren, die sich nicht auf exemplarische und temporär begrenzte Modellprojekte beschränkt.

AG Medienpädagogische Forschungsschwerpunkte

Die drei zentralen bildungspolitischen Forderungen unserer AG sind:

Medienpädagogische Forschung ist herausgefordert, sich theoretisch und methodisch mit aktuellen gesellschaftlichen und medialen Entwicklungen auseinanderzusetzen, um eine fundierte Grundlage für medienpädagogisches Handeln und gesellschaftspolitische Entscheidungsprozesse zu schaffen. Um dieser Aufgabe weiterhin nachkommen zu können, erachten wir folgende Forderungen als zentral:

1. Verbesserung der Rahmenbedingungen für medienpädagogische Forschung und Lehre, um aktuellen gesellschaftlichen Anforderungen und medialen Entwicklungen angemessen nachkommen zu können, z.B. durch die Einrichtung von medienpädagogischen Forschungswerkstätten.

2. Verankerung medienpädagogischer Fragestellungen in Forschungsförderungsprogrammen zur Stärkung der Grundlagenforschung.

3. Stärkung der Präsenz medienpädagogischer Anwendungs-, Grundlagen-, Praxis- und Evaluationsforschung in bildungspolitischen Kontexten und Entscheidungsprozessen.

Weitere Punkte zu bildungspolitischen Anliegen, die in der AG-Diskussion eine wichtige Bedeutung hatten:

- Förderung von Interdisziplinarität
- Weiterentwicklung von Methoden und Herangehensweisen
- Stärkere Vernetzung von Forschungsaktivitäten
- Komplexität medienpädagogischer Forschung angemessen Rechnung tragen
-

AG Frühkindliche Bildung / Familien- und Elternbildung

Die drei zentralen bildungspolitischen Forderungen unserer AG sind:
(Bitte drei zentrale Punkte nennen und gewichten – den wichtigsten Punkt zuerst)

1. **Verankerung medienpädagogischer Kompetenz als integralem Teil des Berufsprofils pädagogischer Fachkräfte in Kindertagesbetreuung, Eltern- und Familienbildung durch systematische und verpflichtende Verankerung medienpädagogischer Inhalte in den Studiengangs- und Ausbildungscurricula sowie Prüfungsordnungen von ErzieherInnen und SozialpädagogInnen/SozialarbeiterInnen [Adressat: JFMK-KMK-Kommission]**

2. **Verankerung medienbezogener Inhalte und Angebote im Kontext von Bildungshäusern/Familienzentren/Eltern-Kind-Zentren, Elternbildungsangeboten, Familien- und Erziehungsberatungsangeboten sowie eine lebensweltbezogene und zielgruppensensible Begleitung von Eltern bei der Gestaltung medialer Bildungsräume von Kindern .**

3. **Entwicklung und Förderung von Konzepten zur medienpädagogischen Qualifizierung von Kindertageseinrichtungen durch dezentrale, team- und einrichtungsbezogene Konzeptentwicklung, mediengestützte prozessbegleitende Fortbildungsangebote, begleitende Praxisforschung sowie eine adäquate Medienausstattung.**

Weitere Punkte zu bildungspolitischen Anliegen, die in der AG-Diskussion eine wichtige Bedeutung hatten:

- Förderung von Forschungsprojekten zu medialen Bildungsprozessen in Familie und Kindheit
- Institutionsübergreifende Begleitung von familialen und kindbezogenen medialen Bildungsprozessen
- Einforderung der Verantwortung der Wirtschaft für die Förderung von Medienbildung als gesamtgesellschaftlicher Aufgabe (bei klarer Trennung von pädagogischen und wirtschaftlichen Interessen)
- Diskussion der Forderungen in der JFMK- und KMK-Kommission

AG Gemeinwesen als Orte der Medienbildung – Lokale und regionale Vernetzungen…

Die drei zentralen bildungspolitischen Forderungen unserer AG sind:
(Bitte drei zentrale Punkte nennen und gewichten – den wichtigsten Punkt zuerst)

1. Medienbildung muss auf einen hohen Stellenwert auf der Agenda von Politik der Bundesregierung, Länderregierungen und Kommunen haben. Dazu braucht es verbindliche institutionelle Verankerung von Medienkoordinationsaufgaben auf der Ebene der Gemeinwesen unter Bereitstellung von Ressourcen durch die Landesregierungen.

2. Entwicklung von Konzepten und kontinuierliche und nachhaltige Förderung von konkreter Medienarbeit und Medieninitiativen in den Gemeinwesen.

3. Auflegung eines Förderprogramms „Lernende Medienregion“ durch die Bundesregierung.

Weitere Punkte zu bildungspolitischen Anliegen, die in der AG-Diskussion eine wichtige Bedeutung hatten:

- ……
- ……
- ……

AG Medienbildung in der Hochschule

Die drei zentralen bildungspolitischen Forderungen unserer AG sind:

Präambel: Wir haben die Lehre als Dreh- und Angelpunkt für alle Belange der Medienbildung an der Hochschule identifiziert. Auf der einen Seite trägt der Einsatz von digitalen Medien nachweislich zur Verbesserung der Lehrqualität bei. Auf der anderen Seite sind es Lehrveranstaltungen, in denen die inhaltliche Vermittlung von Medienkompetenz stattfindet. Aus diesem Grund muss eine Stärkung des didaktisch sinnvollen Einsatzes digitaler Medien in der Lehre zentrales Anliegen der Hochschulpolitik sein. Darüber hinaus sehen wir Medienkompetenz als vierte Kulturtechnik an.

1. Wir fordern die Aufnahme der *Akademischen Medienkompetenz* in die Zielvereinbarung zwischen Hochschulen und Bildungsministerien der Länder. Zur Realisierung ist es notwendig, dass – über eine zentrale Einrichtung an den einzelnen Hochschulen hinaus – eine medien- und hochschuldidaktische akademische Funktionsstelle pro 3.000 Studierende, die für folgende Aufgaben zur Verfügung steht:

- Hochschuldidaktische Qualifizierung des Lehrpersonals (Professoren wie Mittelbau) unter besonderer Berücksichtigung des Einsatzes von digitalen Medien in der Lehre (verpflichtend mit einem Umfang von mindestens 180 Std.).
- Beratung zur Realisierung von didaktischen Konzepten, die auf das jeweilige Fach abgestimmt sind.
- Strategisch-konzeptionelle Weiterentwicklungen unter Berücksichtigung aktueller und zukünftiger technischer und didaktischer Erkenntnisse.
- Eine Verankerung von analogen und digitalen multimedialen Produkten als Studien- und Prüfungsleistung in mindestens einem Modul.

2. Wir fordern, dass sich die große Bedeutung von Lehre für Prozesse der Medienbildung auf allen Ebenen der Hochschule widerspiegelt:

- Bei Berufungen muss die didaktische Qualifikation ebenbürtig mit der Einwerbung von Drittmitteln und wissenschaftlicher Reputation sein.
- Bei der Vergabe finanzieller wie zeitlicher Ressourcen muss ein hohes Engagement in der Lehre anerkannt werden. Zusätzlich soll für hochschul- und mediendidaktische Weiterqualifizierung Anreize und Unterstützung geboten werden, z.B. durch eine Reduktion des Lehrdeputats und des Verwaltungsaufwandes.

3. Wie fordern die hochschulübergreifende Bereitstellung einer Lern- und Wissenschaftsinfrastruktur, die den freien Zugang zu und die kostenfreie Nutzung von Lehr- und Lernmaterialen sowie Wissensprozessen und -produkten ermöglichen.

Weitere Punkte zu bildungspolitischen Anliegen, die in der AG-Diskussion eine wichtige Bedeutung hatten:

- siehe Etherpad: http://piratenpad.de/medienbildunginhochschule

AG Medien- und Informationskompetenz

Ausgangslage

Informationskompetenz (IK) und Medienkompetenz (MK) zählen zu den Schlüssel-kompetenzen in der modernen Wissensgesellschaft. Diese Kompetenzen zu erwerben und aktuell zu halten, ist eine Herausforderung des lebenslangen Lernens. Als entscheidende Faktoren für den Erfolg in Bildung, Beruf und Gesellschaft gehört ihre nachhaltige Förderung zu den zentralen Forderungen des Medienpädagogischen Manifestes.

Die Vermittlung von Medien- und Informationskompetenz hat zwar in verschiedenen Bereichen Fortschritte gemacht, aber von einer breitenwirksamen Verankerung kann noch nicht die Rede sein. Insbesondere in der schulischen und beruflichen Bildung sowie in der der Erwachsenenbildung besteht erheblicher Nachholbedarf.

Darüber hinaus beruhen die bestehenden Ansätze auf lokalen Einzelinitiativen; es fehlt an Abstimmung und gemeinsamen verbindlichen Grundlagen.

Forderungen

Informations- und Medienkompetenz müssen komplementär und im Zusammenhang mit anderen Kompetenzen für eine Bildung im 21. Jhd. gefördert werden. IK unterliegt dabei dynamischer zeitlicher und gesellschaftlicher Veränderung und umfasst neben kognitiven auch emotionale, und ästhetische Dimensionen (z.B. Körper und Raumerfahrung).

Die Vermittlung von MK und IK muss schon in der frühkindlichen Bildung beginnen und schließt Printmedien genauso ein wie audiovisuelle Medien und das Internet. Strategien und Verfahren der Informationskompetenz müssen methodisches Repertoire in Schulen und allen anderen Einrichtungen des lebenslangen Lernens auf der Grundlage von Standards werden.

Jeder Schüler, jeder Auszubildender, jeder Studierender erwirbt adäquate MK und IK in Schulen, Ausbildungseinrichtungen oder Hochschulen. Kein Berufsbildungs- oder Studienabschluss sollte ohne zertifizierte Anteile der Medien- und Informationskompetenz-Vermittlung auskommen.

Dazu sollten verstärkt institutionell heterogene Bildungsnetzwerke dauerhaft gefördert und evaluiert werden. Standards der IK u MK müssen – auch auf organisationeller Ebene- für die Einrichtungen definiert werden, die als lernende Organisationen IK und MK für ihre jeweilige Zielgruppen fördern.

Bibliotheken und Schulen haben eine besondere Rolle bei der Vermittlung von IK. Die Ausbildungscurricula von Bibliothekaren und Informationsfachleuten müssen um pädagogische und didaktische Inhalte erweitert werden.

Jede Schule sollte bis 2020 über eine Schulmediothek/-bibliothek als Lernort verfügen, die von der Öffentlichen Bibliothek unterstützt wird. Bibliothekare oder Medienfachkräfte fungieren dort als Lernbegleiter.

Fördermaßnahmen sollten systematisch mit der Verpflichtung zur (Selbst-)Evaluation der Wirksamkeit verbunden werden.

Notwendig ist die Entwicklung angepasster Messinstrumente im Bereich der Kompetenzforschung unter Einbezug internationaler Initiativen.

AG Medienbildung in die Schule

Die drei zentralen bildungspolitischen Forderungen unserer AG sind:
(Bitte drei zentrale Punkte nennen und gewichten – den wichtigsten Punkt zuerst)

1. **Kein Jugendlicher darf Schule ohne grundlegende Medienbildung verlassen. Das verlangt die verbindliche Verankerung in Prüfungen und Lehr- und Rahmenplänen in allen Fächern.**

2. **Keine Lehrperson darf ihre Ausbildung ohne Kompetenz zur Medienbildung abschließen; zugleich muss die Entwicklung der Kompetenz zur Medienbildung ein verbindlicher Bestandteil der Fort- und Weiterbildung sein. Das erfordert die Formulierung von akkreditierungsrelevanten Bildungsstandards durch die KMK und die Aufnahme in das System der Aus-, Fort- und Weiterbildungen.**

3. **Jede Schule muss ein fächer- und jahrgangsübergreifendes Medienbildungskonzept als Teil des Schulprogramms entwickeln und umsetzen. Das bedeutet die Verankerung im länderspezifischen Qualitätsrahmen als eigene Dimension.**

Weitere Punkte zu bildungspolitischen Anliegen, die in der AG-Diskussion eine wichtige Bedeutung hatten:

- **Diese Zielsetzungen machen die Bereitstellung von umfassenden Ressourcen notwendig (mindestens entsprechend dem OECD-Mittelwert zu Bildungsausgaben)**

- **Die Umsetzung des Medienbildungskonzepts an Schulen erfordert die aktive Unterstützung durch Bildungspolitik, Schuladministration und Schulforschung sowie Eltern**

- **Keine Verengung des Medienbegriffs auf IuK/Technologie / Umfassendes Verständnis**

- **Diskussion Integrativer Ansatz vs. Fach**

- **Unterschiedliche Instrumente für Evaluation, Transparenz**

- ……

AG Medienpädagogik in sonder-, integrations-, inklusionspädagogischen Handlungsfeldern

Ausgehend von der Ratifizierung der UN Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen 2006 sind die Ergebnisse der Arbeitsgruppe geleitet von den folgenden Grundgedanken:

Da die Grund und Menschenrechte auch für Menschen mit Behinderungen uneingeschränkt Geltung haben, gilt dies auch für das Recht auf uneingeschränkte Teilhabe an der Informationsgesellschaft, mediatisierten Welten und Kommunikationskultur. Menschen mit Behinderung sind dabei selbstverständlicher Teil der politischen Entscheidungsfindung.

Bildungspoltische Forderungen:

o *Sonderpädagogische Qualifizierung von Medienpädagogen und medienpädagogische Qualifizierung von Sonderpädagogen.*
o *Zeitliche und personale Ressourcen für die zielgruppenspezifische medienpädagogische Bildung.*
o *Initiierung weiterer wissenschaftl. begleitendeter Modellprojekte.*
o ***Einrichtung eines medienpädagogischen Forums unter dem Dach des Behindertenbeauftragten der Bundesregierung Hubert Hüppe.***
o Integration medienpädagogischer Standards in sonderpädagogischer Prufungs- und Studienordnungen.
o Entwicklung zielgruppenspezifischer Materialien
o Medienbildung sowohl als Querdisziplin wie auch als Unterrichtsfach.
o Bevorzugte Förderung von inklusiven medienpädagogischen (Forschungs-)Projekten.
o Umsetzung der Konvention in allen bestehenden und neuen Angeboten der Landesmedienanstalten zur Förderung der Medienkompetenz.
o stärkere Verankerung von sonderp./inklusiven Fragestellungen in den Landesmedienanstalten.
o Modellprojekte zu zielgruppenspezifischer Elternarbeit (mit entsprechenden Forschungsfeldern).

Förderung Medienpädagogische Forschung:
o ***Medienpädagogische Praxis- und Begleitforschung***
o *Die Veränderung von Lehr– und Lernprozessen durch Einsatz digitaler Medien unter subjektorientierter Perspektive.*
o *Bedeutung der zunehmenden Mediatisierung für Sozialisationsprozesse und Identifikationsentwicklung aber auch für Selbstvergewisserungsprozesse (der eigenen Behinderung).*

Inklusive Medienbildung für lebenslanges Lernen:

- ***Verankerung zielgruppenspezifischer Medienbildung bzw. Medienkompetenzförderung über die Lebensspanne, insbesondere in der beruflichen Bildung.***
- *Verknüpfungen der verschiedenen Bildungsbereiche zum Transfer theoretischer und praktischer Erkenntnisse in der zielgruppenspezifischen Medienpädagogik.*

Essentielle Impulse werden auch für die Weiterentwicklung der Medienbildung von anderen Gruppen wie z. B. Senioren und Menschen mit Migrationshintergrund erwartet.

AG Medienbildung und soziale Ungleichheit – Kinder und Jugendliche aus benachteiligenden Verhältnissen besser fördern

Die drei zentralen bildungspolitischen Forderungen unserer AG sind:

1.Entwicklung und Etablierung einer medienpädagogischen Grundbildung über alle pädagogischen Arbeitsbereiche hinweg, die (1) ein verbindlicher Bestandteil aller pädagogischen Ausbildungsgänge ist, die mit Kindern und/oder Jugendlichen arbeiten, sich (2) über formelle, nicht-formelle sowie informelle Bildungsbereiche erstreckt und miteinander verbindet und vernetzt, (3) dem Konzept der Ganztagsbildung folgt, (4) an der Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen orientiert ist und den pädagogischen Akteuren geeignete Ressourcen an die Hand gibt, diese Lebensweltorientierung zur Grundlage der pädagogischen Arbeit zu machen.

2.Ausbau der Regelfinanzierung medienpädagogischer Arbeit mit Kindern und Jugendlichen aus benachteiligenden Verhältnissen, um die Kontinuität und Qualität dieser Aktivitäten herzustellen und zu sichern. Bund, Länder und Kommunen sind dabei in gleicher Weise gefordert. Medienbildung ist eine öffentliche Aufgabe!

3. Breite Anerkennung medialer Ausdrucksformen von Kindern und Jugendlichen als bedeutsamer Teil ihrer Medienbildung. Medienbildung darf sich nicht auf den Erwerb kognitiver Kompetenzen beschränken, sondern muss verstärkt präsentativ-symbolische, visuelle, körperliche und spielerische Ausdrucksweisen einbeziehen, um Kindern und Jugendlichen aus benachteiligenden Verhältnissen adäquate Chancen einzuräumen, aus diesen Verhältnisse herauszutreten.

Weitere Punkte zu bildungspolitischen Anliegen, die in der AG-Diskussion eine wichtige Bedeutung hatten:

- die Eltern von Kindern und Jugendlichen aus benachteiligenden Verhältnissen müssen durch niederschwellige Angebote stärker in die medienpädagogische Arbeit eingebunden werden
- Die Verstetigung und qualitative Weiterentwicklung medienpädagogischer Arbeit bedarf der kontinuierlichen Evaluation
- Um Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund sowie deren Eltern besser zu erreichen, wäre es sinnvoll den Anteil der Pädagoginnen und Pädagogen mit Migrationshintergrund deutlich zu steigern

AG Aktive Medienarbeit in Zeiten des Web 2.0

Die drei zentralen bildungspolitischen Forderungen unserer AG sind:

Medienpädagogik muss in die Breite der pädagogischen Arbeit und der gesellschaftlichen und vor allem auch politischen Wahrnehmung getragen werden. Aus allen gesellschaftlichen Bereichen gibt es Bedarf an medienpädagogischen Angeboten. Auf Seiten der Kinder und Jugendlichen sind vielfältige medienpädagogische Aktivitäten an allen Orten gefragt, auf Seiten der Erziehenden ist sowohl Information über Medien als auch über die Medienaneignung von Kindern und Jugendlichen nötig. Pädagogische Fachkräfte brauchen eine breite Qualifizierung und politisch Verantwortlichen muss Einblick in die Bedürfnisse und Interessen der Zielgruppe und die Dringlichkeit an entsprechenden Programmen gegeben werden. Dabei ist es zentral, dass der Blick auf Medien chancenorientiert ist, das Handeln und die Interessen von Kindern und Jugendlichen ernstgenommen werden und medienpädagogische Maßnahmen langfristig angelegt und strukturell verankert sind.

1. Es müssen Rahmenbedingungen für selbständiges medienbezogenes Handeln geschaffen werden. Dabei sind sowohl Räume für formelle als auch informelle Bildungsprozesse wichtig. Gerade im Kontext des social web müssen aber vor allem intensiver Angebote des peer-to-peer Lernens gefördert werden. Es sind Orte und Strukturen nötig, die Freiräume für eigenständiges, selbstgesteuertes, interessensgeleitetes Handeln schaffen. Es müssen Orte (real und online) gefördert werden, die Heranwachsenden eigenständiges, selbstgesteuertes, interessensgeleitetes Handeln und freies Experimentieren ermöglichen und dabei Anregungen und Anleitungen auf verschiedenen Ebenen bieten.
   Bestimmte Gruppen brauchen besondere Unterstützung. Heranwachsende aus sozialbenachteiligtem Milieu müssen gesondert angesprochen werden, um auch ihnen Zugang zu den partizipativen Möglichkeiten des social web zu eröffnen.
2. Die medienpädagogische Kompetenz von Fachkräften muss gestärkt werden. Alle die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, müssen Kenntnisse bezüglich der Medien und der Medienaneignung von Kindern und Jugendlichen haben. Dabei geht es sowohl darum die medien(pädagogischen) Kenntnisse der pädagogisch Tätigen zu fördern, als auch pädagogisch Tätigen das Selbstbewusstsein zu vermitteln, die Regie an Heranwachsende abzugeben. Es sollten v.a. handlungsorientierte Ansätze ins Zentrum gestellt werden. Dies betrifft vor allem die Ausbildung aber auch die Fort- und Weiterbildung von pädagogisch Tätigen in der Breite, dies muss durch einschlägige qualifizierte Fachkräfte erfolgen. Konzepte für die Aus- und Weiterbildung sollten deutschlandweit übergreifend erarbeitet und Synergien müssen genutzt werden.
3. Um das Medienhandeln von Heranwachsenden zu unterstützen und medienpädagogische Arbeit in allen Bildungsinstitutionen zu fördern, ist eine einfachere Gestaltung von Urheberrechten nötig. Dazu gehört auch dass Medieninhalte (Musik, Unterrichtsmaterial, Bilder etc.) für die allgemeine Bildungsarbeit zur Verfügung gestellt, entsprechende Rahmenvereinbarungen getroffen und alternative Quellen, wie Creative Commons, bekanntgemacht werden.
   Gleichzeitig ist die Information Heranwachsender bezüglich ihrer Rechte, sowohl an ihren Werken als auch an ihren eigenen Daten und ihrem Bild zu intensivieren.